Österreich: Nur milde Rezession zum Jahreswechsel trotz hoher Energiepreise [4]

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2022 bis 2025 vom Dezember 2022[5]

Im Jahr 2022 war die Wirtschaftsentwicklung in Österreich zweigeteilt. Das erste Halbjahr war noch stark von coronabedingten Aufholprozessen geprägt, während die zweite Jahreshälfte aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der hohen Inflation deutlich schwächer ausfällt. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich in Summe noch ein sehr kräftiges Wirtschaftswachstum von 4,9 %.

Aufgrund der zuletzt schwachen Entwicklung der Industrie, sinkender Export- und Produktionserwartungen, einem schwächeren internationalen Umfeld und hoher Energiepreise wird eine technische Rezession, d.h. zwei aufeinanderfolgende Quartale mit negativem Wachstum, für den Jahreswechsel 2022/23 erwartet. Im Wohnbau geht ein langer, ausgeprägter Zyklus mit zuletzt hohen Zuwachsraten zu Ende und das Wachstum der Wohnbauinvestitionen dreht ins Minus. Im Verlauf des Jahres 2023 erholt sich die internationale Konjunktur nur zögerlich und die Inflation bleibt vergleichsweise hoch. Das Wirtschaftswachstum wird 2023 daher mit 0,6 % nur schwach positiv ausfallen. Für das Jahr 2024 wird eine deutliche Erholung der globalen Konjunktur und ein Nachlassen des Inflationsdrucks erwartet. Die verzögerte Inflationsabgeltung führt daher zu einem kräftigen Anstieg der Reallöhne und einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 1,7 %. Im Jahr 2025 bewegt sich das Wachstum in Richtung Potentialwachstum und wird bei 1,6 % liegen. Innerhalb des Prognosezeitraums wird nicht von Produktionseinschränkungen aufgrund hoher Energiepreise oder Gasrationierungen ausgegangen, ein gänzlicher Ausfall russischer Gaslieferungen ohne entsprechende Sicherung alternativer Versorgungsquellen stellt jedoch ein Wachstumsrisiko (insbesondere für 2023/24) dar.

Der Arbeitsmarkt ist von einem anhaltenden Arbeitskräftemangel gekennzeichnet. Daher wird trotz der milden Rezession zum Jahreswechsel nur mit einem geringen Anstieg der Arbeitslosenquote (gemäß AMS) von 6,3 % im Jahr 2022 auf 6,6 % im Jahr 2023 gerechnet, gefolgt von einem Rückgang auf 6,5 % im Jahr 2024 und 6,3 % im Jahr 2025.

Die Inflation laut HPVI erreicht im Jahr 2022 – getrieben von den Energiepreisen – mit 8,6 % ihren Höhepunkt. Infolge rückläufiger Rohstoff- und Energiepreise wird sich der Preisauftrieb im Jahr 2023 auf 6,5 % verlangsamen und in den Jahren 2024 und 2025 weiter auf 3,6 % bzw. 2,9 % zurückgehen. Die Inflation bleibt damit aber auch mittelfristig deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Bei der Haushaltsenergie wird in den nächsten Monaten noch mit weiteren Preissteigerungen gerechnet, die allerdings durch das mit Dezember 2022 in Kraft getretene Stromkostenzuschussgesetz abgefedert werden. 2022 sollte die Jahresinflation von Energie 41,0 % betragen und in den Jahren 2023 bis 2025 auf 9,5 %, 2,6 % bzw. 1,0 % zurückgehen. Die Energiepreisanstiege der Jahre 2021 und 2022 führten in diesen beiden Jahren zu Einkommensabflüssen ins Ausland von in Summe 13 Mrd EUR.

---

[4] Autoren: Christian Ragacs und Alfred Stiglbauer (Referat Konjunktur).

[5] Für Details siehe Fritzer, F., Prammer, D., Schneider, M., Sellner, R. und Stiglbauer, F. (2022). Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2022 bis 2025 - Nur milde Rezession zum Jahreswechsel trotz hoher Energiepreise.

OeNB-Prognose vom Dezember 2022 für Österreich

	2021	2022	2023	2024	2025
Wirtschaftliche Aktivität	*Veränderung zum Vorjahr in % (real)*				
Bruttoinlandsprodukt	4.7	4.9	0.6	1.7	1.6
Privater Konsum	3.4	4.6	0.1	2.1	1.4
Öffentlicher Konsum	7.9	1.1	−0.5	0.4	0.7
Bruttoanlageinvestitionen	8.8	−2.2	−1.4	1.7	2.0
Exporte insgesamt	10.1	8.6	1.7	3.3	3.7
Importe insgesamt	13.5	2.2	0.5	3.1	3.6
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	0.4	0.5	0.9	1.7	2.6
Preise	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2.8	8.6	6.5	3.6	2.9
Einkommen und Sparen	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	2.0	−2.5	−0.3	4.1	2.0
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	12.1	5.6	5.2	7.0	7.5
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Unselbstständig Beschäftigte	1.9	2.9	0.5	1.0	1.0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	5.3	3.6	−0.5	1.1	1.1
	in % des Arbeitskräfteangebots (saisonbereinigt)				
Arbeitslosenquote gemäß AMS	8.0	6.3	6.6	6.5	6.3
Öffentliche Finanzen	*in % des nominellen BIP*				
Budgetsaldo	−5.9	−2.9	−2.0	−2.2	−2.2
Schuldenstand	82.3	77.1	74.4	72.5	71.1

Quelle: Statistik Austria (2021); OeNB-Prognose vom Dezember 2022 (2022-2025).

Der Budgetsaldo verbessert sich 2022 deutlich auf –2,9 % des BIP, wofür die angesichts der konjunkturellen Erholung ungewöhnlich hohen Steuereinnahmen maßgeblich sind. Die weitere Verbesserung des Budgetsaldos 2023 lässt sich auf den Rückgang der COVID-19-Maßnahmen und die im Vergleich zu 2022 geringeren Nettokosten der Energiepakete zurückführen. In den Folgejahren führen die Abschaffung der kalten Progression und die ökosoziale Steuerreform zu einer Stabilisierung des Budgetdefizits bei –2,2 % des BIP. Der starke Rückgang der Schuldenquote um mehr als zehn Prozentpunkte bis 2025 auf 71,1 % des BIP ist vor allem dem aufgrund der hohen Inflation starkem nominellen BIP-Wachstum zuzuschreiben.

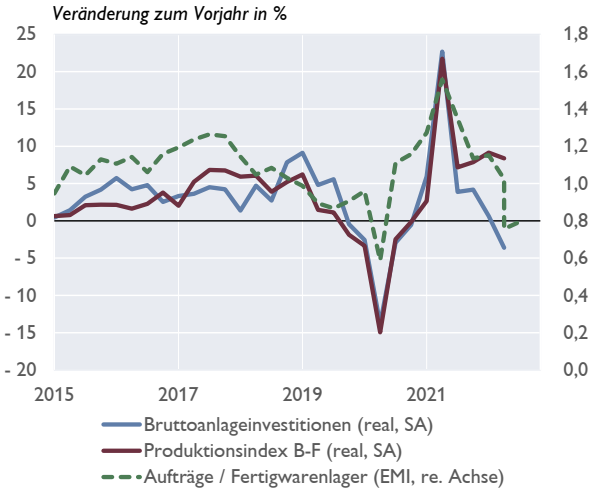
Deutliche Abkühlung der Industriekonjunktur zum Jahreswechsel[6]

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben die österreichische Industrie nur während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 beeinträchtigt. Im Jahr 2021 wurden – vor allem aufgrund der hohen internationalen Nachfrage – die Verluste des Jahres 2020 mehr als wettgemacht. Industrieproduktion und Investitionen stiegen Hand in Hand mit der Exporttätigkeit. Die Bruttoanlageinvestitionen erzielten im Jahr 2021 mit +8,8 % das stärkste

[6] Für Details siehe Fritzer, F., Prammer, D., Schneider, M., Sellner, R. und Stiglbauer, F. (2022). Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2022 bis 2025 - Nur milde Rezession zum Jahreswechsel trotz hoher Energiepreise, Kapitel 2.

Wachstum der letzten Jahrzehnte. Mit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine verschlechterte sich die Stimmung der Unternehmen abrupt. Die Export- und Produktionserwartungen gingen zurück. In Verbindung mit einem starken Anstieg der Energiekosten, einer sinkenden Kapazitätsauslastung und steigenden Finanzierungskosten hat dies dazu geführt, dass Produktion und Investitionen in der Industrie im dritten Quartal 2022 gesunken sind. Für die nächsten Monate wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Dies wird dazu führen, dass die Industrie über den Jahreswechsel in eine Rezession rutschen wird. Die Rezession dürfte aber weder lange noch tief ausfallen. Darauf weisen vor allem die Beschäftigungserwartungen hin, die sich deutlich besser als die Produktionserwartungen entwickeln. Zudem kam der Abwärtstrend der Auftragseingänge und der Produktionserwartungen zum Erliegen.

Investitionen und Industrieproduktion



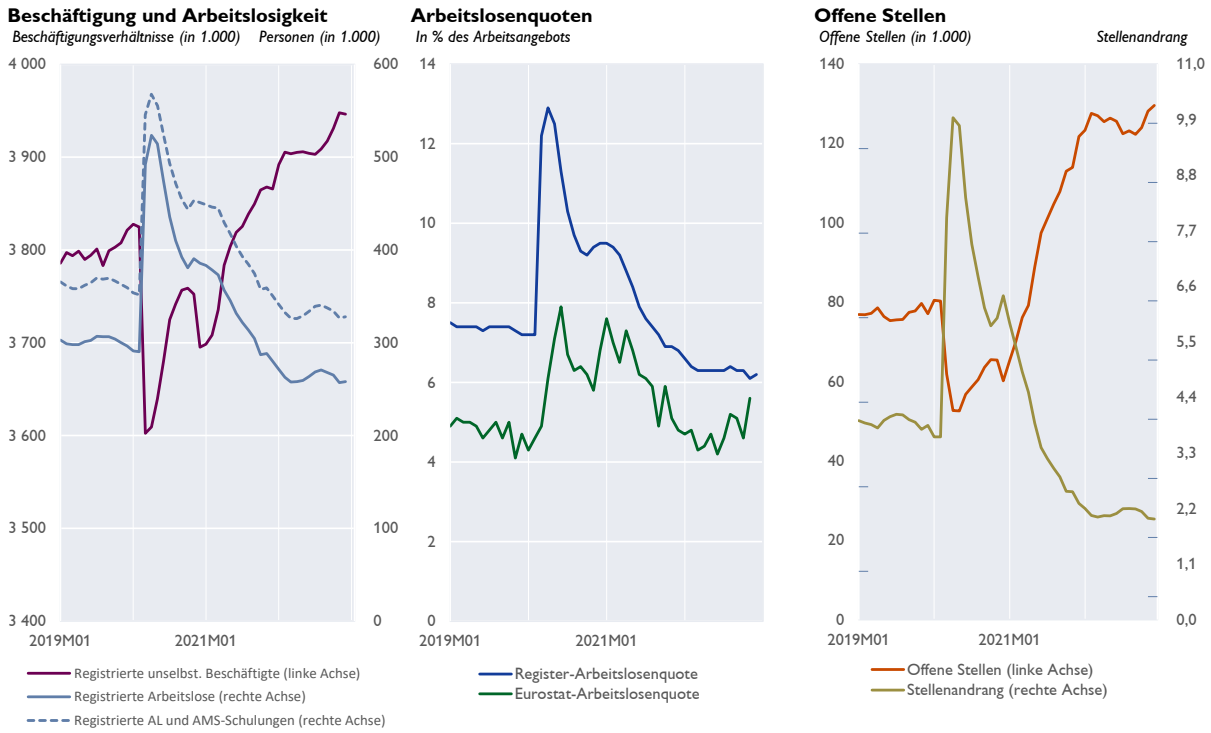
Quelle: Statistik Austria, UniCredit Bank Austria.

Produktionserwartungen

Quelle: UniCredit Bank Austria.

Lage am Arbeitsmarkt weiterhin stabil

Nach der starken Verbesserung der Arbeitsmarktlage im Jahr 2021 war die Performance im Laufe des Jahres 2022 gemischt. Bis zur Jahresmitte stagnierte die Beschäftigung, während die Arbeitslosigkeit etwas anstieg. In der zweiten Jahreshälfte drehte sich dieser Trend und es kam wieder zu einem deutlichen Beschäftigungsplus bei gleichzeitiger (leichter) Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmen versuchen offensichtlich ihren Personalstand weitgehend zu halten, weil sie mit einer raschen Erholung der Konjunktur rechnen. In der Folge bleibt der Arbeitskräftemangel weiterhin ein Problem – die Zahl der offenen Stellen und der Stellenandrang befinden sich auf Rekordniveau.



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, OeNB. Saisonbereinigte Daten bis Ende Dez. 2022.

Uneinheitliche Inflationssignale 2023: HVPI-Inflation sinkt – Kerninflation steigt

Der Höhepunkt der Inflationsdynamik scheint im Jahr 2022 mit einer Inflationsrate von 8,6 % erreicht. Nach dem Höchststand von 11,6 % im Oktober verringerte sich die monatliche HVPI[7]-Inflationsrate im November auf 11,2 %. Die Strompreisbremse sowie geringere Treibstoffpreise führten im Dezember zu einem weiteren Rückgang auf 10,5 %. Damit ergibt sich eine Inflationsrate für das Jahr 2022 von 8,6 % – der höchste seit Beginn der Währungsunion gemessene Wert. Die hohe Teuerungsrate in den letzten Monaten ist nun allerdings nicht mehr vornehmlich auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Die Preisdynamik seit August 2022 geht zunehmend von anderen Sektoren aus. Etwas mehr als ein Drittel ist auf den Preisanstieg bei Industriegütern ohne Energie zurückzuführen und die Beiträge von Dienstleistungen und Nahrungsmittel verzeichnen eine starke Aufwärtstendenz.[8]

Der Preisdruck bleibt in fast allen Sektoren auch 2023 hoch; die Ausnahme sind Energiepreise, die ihren beispiellosen Anstieg des Jahres 2022 dieses Jahr nicht fortsetzen werden. Deshalb erwartet die OeNB einen Rückgang der am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsrate für Österreich im Jahr 2023 auf 6,5 %. In den beiden Folgejahren sinkt die HVPI-Teuerung auf 3,6 % im Jahr 2024 und 2,9 % im Jahr 2025.

Die Energiepreisentwicklung 2023 wird auch durch das Stromkostenzuschussgesetz und weitere fiskalpolitische Maßnahmen markant gedämpft. Auch das Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen führt zu einem Rückgang der HVPI-Inflationsrate. Im Dienstleistungssektor wird die dynamische Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte hingegen im Jahr 2023 noch zu einer

[7] Harmonisierter Verbraucherpreisindex

[8] Daten bis inkl. November 2022. Detaildaten für den HVPI im Dezember 2022 werden am 18. Jänner 2022 publiziert.

Beschleunigung der Inflationsrate führen. Die Preise von Agrarrohstoffen sowie die landwirtschaftlichen Produktionskosten sind bis zuletzt angestiegen. Daher ist auch in den kommenden Monaten noch mit einer steigenden Inflationsrate bei Lebensmitteln zu rechnen. Die Inflationsrate für Nahrungsmittel wird im Jahr 2023 mit 7,9 % überdurchschnittlich hoch ausfallen und bis 2025 auf 2,9 % zurückgehen.

Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) erreicht 2022 5,0 % und steigt aufgrund kräftiger Lohnkostensteigerungen sowie indirekter Effekte der Energiepreise im Jahr 2023 auf 5,6 % an. Erst 2024 sowie 2025 sinkt die Kerninflationsrate auf 3,5 % sowie 3,1 %, bleibt damit aber weiter deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt.

Der Staatshaushalt profitiert nur vorübergehend von der hohen Inflation[9]

Insgesamt ist der Staatshaushalt kein Profiteur höherer Inflation, obwohl die staatlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen inflationsbedingt stark wachsen. Höhere Inflation führt auch zu einem deutlichen Anstieg der Staatsausgaben, wenn auch - verglichen mit der Einnahmenseite - zeitlich etwas verzögert. In Summe verbessert der aktuelle „Inflationsschock“ im Jahr 2022 den Budgetsaldo noch leicht und senkt die Schuldenquote. Mittelfristig führt der aktuelle „Inflationsschock“ jedoch zu einer deutlichen Verschlechterung des Budgetsaldos und ab 2026 sogar zu einem Anstieg der Schuldenquote. Der deutlich negative mittelfristige Effekt auf die öffentlichen Finanzen ist einerseits auf den durch den aktuellen „Inflationsschock“ ausgelösten Rückgang des realen Wirtschaftswachstums zurückzuführen. Andererseits hat die mit dem Jahr 2023 eingeführte Inflations-Indexierung von Familienleistungen und Einkommensteuer-Stufen einen großen Effekt: Ohne diese Neuerung hätte ein Anstieg der Inflation auch mittelfristig eine positive Auswirkung auf die Staatsfinanzen.

[9] Für Details siehe Holler, H. und Reiss, L. (2023), Kasten 1 - Budgetärer Effekt des „Inflationsschocks“ 2021/2022, in: OeNB, Inflation Aktuell Q4/22.